



Dossier : 212.1-3338/1/5
Datum/Unsere Referenz : 20. April 2021 / bj-saj

Bern, 30. April 2021

Strategischer Dialog "Häusliche Gewalt" vom 30. April 2021

Ergänzende Informationen zum rechtlichen Rahmen im Bereich der häuslichen Gewalt

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Bundesrechtliche Rechtsgrundlagen.....	2
2.1	Vorbemerkung	2
2.2	Zivilrecht	2
2.2.1	Schutz vor Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen: Art. 28b ZGB	2
2.2.2	Elektronische Überwachung: Art. 28c ZGB.....	3
2.3	Strafrecht	4
2.3.1	Verfolgung von Amtes wegen von Straftaten innerhalb des Paares.....	4
2.3.2	Sistierung und Einstellung des Verfahrens: Art. 55a StGB.....	4
2.3.3	Elektronische Überwachung: Art. 237 StPO und 67b StGB	5
2.3.4	Rechte des Opfers im Strafverfahren.....	5
2.4	Opferhilfegesetz	6
2.5	Ausländer- und Integrationsgesetz	6
2.6	Verordnung gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt	6
3	Kantonales Recht	7
4	Laufende Gesetzgebungsarbeiten auf Stufe Bund	7
4.1	Revision des StGB.....	7
4.2	Revision der StPO	7



1 Einleitung

In den letzten Jahren hat der Bundesgesetzgeber verschiedene Gesetze revidiert, um das Problem der häuslichen Gewalt besser zu erfassen. Zu erwähnen sind hauptsächlich die Revisionen des Zivil- und des Strafrechts.

Mit der Revision des Zivilgesetzbuchs (ZGB)¹, die am 1. Juli 2007 in Kraft getreten ist, wurde der neue Artikel 28b ZGB zum Schutz der Persönlichkeit gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen eingeführt.

Was das Strafgesetzbuch (StGB)² betrifft, werden seit dem 1. April 2004 mehrere Straftaten gemäss dem StGB von Amts wegen verfolgt, wenn sie innerhalb einer Paarbeziehung begangen werden. Darüber hinaus kann eine Verurteilung wegen bestimmter Straftaten seit dem 1. Januar 2015 mit einem Kontaktverbot oder einem Rayonverbot einhergehen, das als Strafmassnahme verhängt und mittels eines fest mit der Täterin oder dem Täter verbundenen elektronischen Geräts vollzogen wird (Art. 67b StGB).³

Am 14. Dezember 2018 hat der Bundesgesetzgeber zudem das Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen⁴ verabschiedet. Das Gesetz in Form eines Mantelerlasses umfasst unter anderem eine Reihe von Änderungen des ZGB und des StGB, um Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking besser zu schützen. Die Revision ist am 1. Juli 2020 in Kraft getreten; vorbehalten sind die Änderungen bezüglich der elektronischen Überwachung der Einhaltung eines Rayon- oder Kontaktverbots (Art. 28c ZGB), die am 1. Januar 2022 in Kraft treten werden.

Weitere Revisionsarbeiten sind im Gange. Sie werden unter Ziffer 4 kurz dargelegt.

2 Bundesrechtliche Rechtsgrundlagen

2.1 Vorbemerkung

Unter Ziffer 2 sind einige bundesrechtliche Rechtsgrundlagen aufgeführt, die einen Bezug zu den Themen des strategischen Dialogs vom 30. April 2021 aufweisen. Ein umfassender Überblick über das Bundesrecht findet sich in der Übersicht des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)⁵.

2.2 Zivilrecht

2.2.1 Schutz vor Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen: Art. 28b ZGB

In Artikel 28 Absatz 1 ZGB ist der Grundsatz verankert, wonach jede Person, die in ihrer Persönlichkeit widerrechtlich verletzt wird, zu ihrem Schutz gegen jede Person, die an der Verletzung mitwirkt, das Gericht anrufen kann.

Artikel 28b ZGB konkretisiert Artikel 28 ZGB, indem er die möglichen Klagen vor Gericht in Fällen von Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen regelt. Mit dieser Bestimmung hat der

¹ [AS 2007 137](#)

² [AS 2004 1403](#)

³ [AS 2014 2055](#)

⁴ [AS 2019 2273](#)

⁵ [Stand Gesetzgebung zum Schutz gewaltbetroffener Personen](#)

Gesetzgeber eine Rechtsgrundlage geschaffen, die den Opfern die Möglichkeit gibt, sich durch zivilrechtliche Massnahmen vor Verletzungen und Gefährdungen ihrer körperlichen, sexuellen, psychischen und sozialen Integrität zu schützen.

Artikel 28b Absatz 1 ZGB enthält eine nicht abschliessende Liste von Massnahmen, die das Opfer unabhängig von der Beziehung zur verletzenden Person beantragen kann. So kann das Gericht dieser verbieten, sich dem Opfer anzunähern oder sich in einem bestimmten Umkreis seiner Wohnung aufzuhalten (Ziff. 1), sich an bestimmten öffentlichen Orten aufzuhalten (Ziff. 2) oder mit dem Opfer Kontakt aufzunehmen, namentlich auf telefonischem, schriftlichem oder elektronischem Weg, oder es in anderer Weise zu belästigen (Ziff. 3). Lebt das Opfer mit der verletzenden Person in einer Wohnung zusammen, so kann es dem Gericht zu dem beantragen, die verletzende Person für eine bestimmte Zeit aus der Wohnung auszuweisen. Diese Frist kann einmal verlängert werden (Art. 28b Abs. 2 ZGB). Das Gericht muss seinen Entscheid bestimmten Behörden mitteilen (Abs. 3^{bis}). Nach Absatz 4 bezeichnen die Kantone eine Stelle, die im Krisenfall die sofortige Ausweisung der verletzenden Person aus der gemeinsamen Wohnung verfügen kann, und regeln das Verfahren.

Sind die beiden Personen verheiratet, können Massnahmen zum Schutz der ehelichen Gemeinschaft beantragt und angeordnet werden (Art. 172 Abs. 3 ZGB). Im Rahmen des Schutzes der ehelichen Gemeinschaft kann das Gericht Massnahmen gemäss Artikel 28b ZGB anordnen.

Im Entscheidverfahren bei Streitigkeiten nach Artikel 28b ZGB werden keine Gerichtskosten gesprochen (siehe Art. 114 Bst. f und 115 Abs. 2 der Zivilprozessordnung [ZPO]⁶).

2.2.2 Elektronische Überwachung: Art. 28c ZGB

Nach dem neuen Artikel 28c ZGB kann das Zivilgericht im Rahmen der Umsetzung eines Ration- oder Kontaktverbots nach Artikel 28b ZGB eine elektronische Überwachung anordnen. Artikel 28c ZGB sieht eine passive Überwachung mit nachträglicher Auswertung der GPS-Daten der überwachten Person vor.⁷ Die Regelung ist jedoch nicht umfassend: Aufgrund ihrer Vollzugskompetenz können die Kantone bei Bedarf weitergehende Instrumente für die elektronische Überwachung einrichten, d. h. eine aktive Überwachung mit der Möglichkeit, direkt einzugreifen.

Nach Artikel 28c Absatz 1 ZGB kann das Opfer von Gewalt, Drohungen und Nachstellungen dem Gericht beantragen, die Verwendung einer elektronischen Vorrichtung anzuordnen, die mit der verletzenden Person fest verbunden ist und mit der ihr Aufenthaltsort fortlaufend ermittelt und aufgezeichnet werden kann. Die Massnahme kann für höchstens sechs Monate angeordnet werden. Sie ist jedoch mehrfach um sechs Monate verlängerbar (Abs. 2).

Nach Artikel 28c Absatz 3 erster Satz ZGB müssen die Kantone eine Stelle bezeichnen, die für den Vollzug der Massnahme zuständig ist, und das Vollzugsverfahren regeln. Der klagenden Person dürfen aus dem Vollzug der Massnahme keine Kosten entstehen. Die Kosten der Massnahme können der überwachten Person auferlegt werden (Art. 28c Abs. 4; siehe ebenfalls Art. 114 Bst. f und 115 Abs. 2 ZPO).

⁶ [SR 272](#)

⁷ Siehe die Stellungnahme des Bundesrates vom 20. November 2019 zur [Interpellation Chevalley 19.4063 «Tötungen von Frauen. Prävention statt Feststellung»](#).

2.3 Strafrecht

2.3.1 Verfolgung von Amtes wegen von Straftaten innerhalb des Paares

Seit dem 1. April 2004 werden folgende strafbaren Handlungen am Ehegatten oder an der Partnerin bzw. am Partner als Opfer von Amtes wegen verfolgt: einfache Körperverletzung (Art. 123 StGB), wiederholte Tötlichkeiten (Art. 126 StGB), Drohung (Art. 180 StGB), sexuelle Nötigung (Art. 189 StGB) und Vergewaltigung (Art. 190 StGB). Diese Straftaten werden auch während des Jahres nach der Scheidung oder Trennung des Paares von Amtes wegen verfolgt.

Delikte wie eine einfache Tötlichkeit (Art. 126 Abs. 1 StGB), Hausfriedensbruch (Art. 186 StGB) und der Missbrauch einer Fernmeldeanlage (Art. 179^{septies} StGB) werden hingegen auf Antrag verfolgt.

2.3.2 Sistierung und Einstellung des Verfahrens: Art. 55a StGB

Artikel 55a StGB regelt, unter welchen Voraussetzungen die Staatsanwaltschaft oder das Gericht die Strafverfolgung bestimmter strafbarer Handlungen am Ehegatten oder an der Partnerin bzw. am Partner als Opfer sistieren oder einstellen kann. Erfasst sind die einfache Körperverletzung (Art. 123 Ziff. 2 Abs. 3–5 StGB), wiederholte Tötlichkeiten (Art. 126 Abs. 2 Bst. b, b^{bis} und c StGB), die Drohung (Art. 180 Abs. 2 StGB) und die Nötigung (Art. 181 StGB). Das Opfer muss der Ehegatte, die eingetragene Partnerin bzw. der eingetragene Partner oder die Konkubinatspartnerin bzw. der Konkubinatspartner des Straftäters bzw. der Straftäterin sein (Abs. 1 Bst. a). Die Handlung muss während der Partnerschaft, während des Jahrs nach der Scheidung, der Auflösung der Partnerschaft oder der Trennung ausgeübt worden sein. Anders als nach altem Recht muss das Opfer der Sistierung des Verfahrens nicht mehr zustimmen. Der neue Absatz 1 Buchstabe c geht weiter, wenn als zusätzliche Bedingung festgehalten wird, dass die Sistierung geeignet erscheinen muss, die Situation des Opfers zu stabilisieren oder zu verbessern (Art. 55a Abs. 1 Bst. c StGB). Ziel ist es, Druck vom Opfer wegzunehmen und den Ermessensspielraum der Behörden zu erweitern. Die Sistierung des Verfahrens ist auf jeden Fall nicht zulässig, wenn der Verdacht auf wiederholte Gewalt innerhalb des Paares besteht (Abs. 3).

Artikel 55a Absatz 2 StGB ist neu. Gemäss dieser Bestimmung kann die Staatsanwaltschaft oder das Gericht für die Zeit der Sistierung des Verfahrens die beschuldigte Person dazu verpflichten, ein Lernprogramm gegen Gewalt zu besuchen. Ziel einer solchen Anordnung ist es, die Situation des Opfers zu stabilisieren oder zu verbessern und insbesondere Wiederholungstaten zu verhindern. Bei der Einschätzung nach Absatz 1 Buchstabe c ist das Ergebnis der Teilnahme der beschuldigten Person an einem derartigen Programm zu berücksichtigen.

Die Sistierung des Verfahrens ist auf sechs Monate befristet (Abs. 4 erster Satz). Die Staatsanwaltschaft oder das Gericht muss das Verfahren namentlich dann wieder an die Hand nehmen, wenn sich herausstellt, dass die Sistierung die Situation des Opfers weder stabilisiert noch verbessert (Abs. 4 zweiter Satz). Vor Ende der Sistierung muss die zuständige Behörde eine Beurteilung vornehmen. Hat sich die Situation des Opfers stabilisiert oder verbessert, so kann sie die Einstellung des Verfahrens verfügen (Abs. 5).

2.3.3 Elektronische Überwachung: Art. 237 StPO und 67b StGB

Während des Strafverfahrens kann das Gericht gestützt auf Artikel 237 der Strafprozessordnung (StPO)⁸ gegenüber der beschuldigten Person an Stelle der Untersuchungs- oder der Sicherheitshaft eine Ersatzmassnahme anordnen, namentlich die Auflage, sich nur oder sich nicht an einem bestimmten Ort oder in einem bestimmten Haus aufzuhalten, und das Verbot, mit bestimmten Personen Kontakte zu pflegen (Art. 237 Abs. 2 Bst. c und g StPO). Das Gericht kann zur Überwachung solcher Ersatzmassnahmen den Einsatz technischer Geräte und deren feste Verbindung mit der zu überwachenden Person anordnen (Art. 237 Abs. 3 StPO).

Nach Abschluss des Strafverfahrens kann das Gericht gestützt auf Artikel 67b StGB unter bestimmten Voraussetzungen gegenüber der Person, die ein Verbrechen oder Vergehen gegen eine oder mehrere bestimmte Personen oder gegen Personen einer bestimmten Gruppe begangen hat, ein Kontakt- und Rayonverbot verhängen. Mit einer solchen Massnahme sollen auch häusliche Gewalt und Nachstellungen verhindert werden.⁹ Für den Vollzug des Verbots kann die zuständige Behörde technische Geräte einsetzen, die mit der Täterin oder dem Täter fest verbunden sind. Diese können insbesondere der Feststellung des Standortes der Täterin oder des Täters dienen (Art. 67b Abs. 3 StGB).

2.3.4 Rechte des Opfers im Strafverfahren

Das Opfer hat im Strafverfahren bestimmte Rechte. Eine (nicht abschliessende) Liste ist in Artikel 117 StPO zu finden, gemäss welchem dem Opfer besondere Rechte zustehen, namentlich: das Recht auf Persönlichkeitsschutz (Art. 70 Abs. 1 Bst. a, 74 Abs. 4, 152 Abs. 1 StPO), das Recht auf Begleitung durch eine Vertrauensperson (Art. 70 Abs. 2, 152 Abs. 2 StPO), das Recht auf Schutzmassnahmen (Art. 152–154 StPO), das Recht auf Aussageverweigerung (Art. 169 Abs. 4 StPO), das Recht auf Information (Art. 305 und 330 Abs. 3 StPO) und das Recht auf eine besondere Zusammensetzung des Gerichts (Art. 335 Abs. 4 StPO). Die StPO enthält ferner besondere Massnahmen zum Schutz der Opfer strafbarer Handlungen gegen die sexuelle Integrität (Art. 68 Abs. 4, 153, 169 Abs. 4, 335 Abs. 4 StPO).

Wenn das Opfer jünger als 18 Jahre ist, gelten besondere Bestimmungen zum Schutz seiner Persönlichkeit, namentlich diejenigen, mit denen die Möglichkeiten zur Gegenüberstellung mit der beschuldigten Person eingeschränkt werden (Art. 154 Abs. 4 StPO), mit denen das Opfer während der Einvernahmen besonderen Schutzmassnahmen unterstellt wird (Art. 154 Abs. 2–4 StPO) oder die die Einstellung des Verfahrens regeln (Art. 319 Abs. 2 StPO).

Nach Artikel 305 StPO informieren die Polizei und die Staatsanwaltschaft das Opfer bei der jeweils ersten Einvernahme umfassend über seine Rechte und Pflichten im Strafverfahren. Sie informieren das Opfer bei gleicher Gelegenheit zudem über die Adressen und die Aufgaben der Opferberatungsstellen, die Möglichkeit, verschiedene Opferhilfeleistungen zu beanspruchen sowie die Frist für die Einreichung von Gesuchen um Entschädigung und Genugtuung.

Sobald das Strafverfahren abgeschlossen ist, haben Opfer und Angehörige des Opfers im Sinne von Artikel 1 Absätze 1 und 2 des Opferhilfegesetzes vom 23. März 2007¹⁰ (OHG)

⁸ [SR 312.0](#)

⁹ Siehe die Botschaft des Bundesrates vom 10. Oktober 2012 zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» sowie zum Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot (Änderung des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes) als indirektem Gegenvorschlag ([BBJ 2012 8819, hier 8863](#)).

¹⁰ [SR 312.5](#)

auch das Recht, dass sie bestimmte Informationen über den Vollzug der gegenüber der verurteilten Person verhängten Strafe erhalten (Art. 92a StGB).

2.4 Opferhilfegesetz

Wer in der Schweiz durch eine Straftat in seiner körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt wird, hat als Opfer Anspruch auf verschiedene Formen der Opferhilfe (Art.3 OHG). Die Leistungen gemäss dem OHG umfassen die Beratung und Hilfe, namentlich im medizinischen, juristischen und psychologischen Bereich, sowie allenfalls eine Entschädigung und/oder Genugtuung. Die OHG-Beratungsstellen informieren die Opfer über ihre Rechte und unterstützen sie bei der Suche nach einer geschützten Unterkunft, z. B. in einem Frauenhaus. Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips werden die Leistungen der Opferhilfe nur endgültig gewährt, wenn der Täter oder die Täterin oder eine andere verpflichtete Person oder Institution keine oder keine genügende Leistung erbringt (Art. 4 Abs. 1). Für den Vollzug der Opferhilfe sind die Kantone zuständig.

2.5 Ausländer- und Integrationsgesetz

Nach den Artikeln 42 und 43 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005¹¹ über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) haben die Personen, die im Familiennachzug in die Schweiz kommen, kein eigenständiges Aufenthaltsrecht, sondern hängen vom Aufenthaltsrecht derjenigen Person ab, zu der sie ziehen. Artikel 50 AIG regelt die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung und deren Verlängerung nach der Auflösung der Familiengemeinschaft. Nach Absatz 1 Buchstabe b besteht der Anspruch des Ehegatten und der Kinder auf Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung weiter, wenn wichtige persönliche Gründe einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz erforderlich machen. Nach Absatz 2 können solche Gründe namentlich vorliegen, wenn die Ehegattin oder der Ehegatte Opfer ehelicher Gewalt wurde. In der Verordnung vom 24. Oktober 2007¹² über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) werden einige Hinweise aufgezählt, die für den Nachweis ehelicher Gewalt zu berücksichtigen sind. Es handelt sich namentlich um Arztzeugnisse, Polizeirapporte, Strafanzeigen, Massnahmen im Sinne von Artikel 28b ZGB und entsprechende strafrechtliche Verurteilungen (Art. 77 Abs. 6 VZAE). Die zuständigen Behörden müssen ausserdem die Hinweise und Auskünfte von spezialisierten Fachstellen berücksichtigen (Art. 77 Abs. 6^{bis} VZAE).

2.6 Verordnung gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt

Am 1. Januar 2020 ist die Verordnung vom 13. November 2019¹³ über Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Kraft getreten. Damit hat der Bundesrat die rechtliche Grundlage für die Umsetzung von Massnahmen zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt geschaffen. Gefördert werden können zum Beispiel nationale Informations- und Sensibilisierungskampagnen, Bildungsmassnahmen für Fachpersonen und Präventionsprojekte für gewaltbetroffene oder für gewaltausübende Personen. Auch die Zusammenarbeit und Koordination zwischen öffentlichen und privaten Akteuren kann gefördert werden.

¹¹ [SR 142.20](#)

¹² [SR 142.201](#)

¹³ [SR 311.039.7](#)

3 Kantonales Recht

Die kantonalen Gesetzgebungen zum Schutz gewaltbetroffener Personen umfassen verschiedene Instrumente zum Schutz der Opfer, die zum Teil umfassender und leichter zugänglich sind als der zivilrechtliche Schutz. Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Kantonen, z. B. hinsichtlich der Möglichkeit, Rayon- oder Kontaktverbote zu verhängen.

Durch das Inkrafttreten von Artikel 28b ZGB sind die Kantone verpflichtet worden, eine Stelle zu bezeichnen, die im Krisenfall die sofortige Ausweisung der verletzenden Person aus der gemeinsamen Wohnung verfügen kann (Art. 28b Abs. 4 ZGB).¹⁴

Die Spezialgesetze zum Schutz vor Gewalt, die besonderen Bestimmungen der kantonalen Polizeigesetze und die kantonalen Gesetze zur Einführung des ZGB sehen ebenfalls polizeiliche Sofortmassnahmen vor, die dem Opfer eine Schutzfrist einräumen. Einige Kantone sehen zehn- bis zwanzigtägige Schutzmassnahmen vor, verbunden mit einer Strafdrohung nach Artikel 292 StGB. Diese Massnahmen können mit polizeilichem Zwang durchgesetzt werden, zum Beispiel in Form von kurzem polizeilichem Gewahrsam. Das Gericht kann die Verlängerung der polizeilichen Schutzmassnahmen anordnen (in der Regel für maximal drei Monate).

Für eine Übersicht über die kantonale Gesetzgebung, siehe die Tabelle des EBG¹⁵.

4 Laufende Gesetzgebungsarbeiten auf Stufe Bund

4.1 Revision des StGB

Auf Grundlage der parlamentarischen Initiative 19.433 «StGB-Tatbestände mit Stalking ergänzen» hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates am 3. Mai 2019 beschlossen, einen Erlassentwurf zu erarbeiten, der Stalking im Rahmen der bestehenden Straftatbestände (Drohung und Nötigung im Sinne des StGB) strafbar macht. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats stimmte der Initiative am 29. Oktober 2019 zu. Das Parlament hat die Initiative noch nicht behandelt.

4.2 Revision der StPO

Die StPO wird derzeit einer Revision unterzogen, die u. a. darauf abzielt, die Stellung der Opfer und ihrer Angehörigen im Strafverfahren zu stärken. Der Nationalrat beriet den Entwurf des Bundesrates¹⁶ in der Frühjahrssession 2021 und stimmte den Änderungsvorschlägen des Bundesrates im Allgemeinen zu. Gemäss dem Entwurf des Nationalrates hat das Opfer das Recht, eine Kopie des Urteils oder des Strafbefehls zu verlangen (Art. 117 Abs. 1 Bst. g E-StPO). Die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege wird für das Opfer erleichtert (Art. 136 Abs. 1 Bst. b E-StPO und 138 Abs. 1^{bis} E-StPO). Die besonderen Massnahmen zum Schutz von Kindern bei Einvernahmen werden verstärkt (Art. 154 Abs. 4 Bst. b, Abs. 5 und 6 E-StPO). Der Nationalrat hat auch einen neuen Artikel 316a E-StPO zur restaurativen Justiz eingeführt, der im Revisionsentwurf des Bundesrates nicht enthalten war. Die Information der geschädigten Personen, die ihre Rechte noch nicht wahrgenommen haben, wird gestärkt (Art. 318 Abs. 1^{bis} E-StPO). Die Staatsanwaltschaft kann unter bestimmten Voraussetzungen im Strafbefehl über Zivilforderungen entscheiden (Art. 353 Abs. 2 E-StPO).

¹⁴ Botschaft des Bundesrates vom 11. Oktober 2017 zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen ([BBl 2017 7307, hier 7328](#)).

¹⁵ [Stand Gesetzgebung zum Schutz gewaltbetroffener Personen](#)

¹⁶ Botschaft des Bundesrates vom 28. August 2019 zur Änderung der Strafprozessordnung ([BBl 2019 6697](#)).



Berne, le 30 avril 2021

Dialogue stratégique sur la violence domestique du 30 avril 2021

Informations complémentaires sur le cadre légal en matière de protection des victimes

Table des matières

1	Introduction.....	2
2	Base légales en droit fédéral	2
2.1	Remarque préalable	2
2.2	Droit civil	2
2.2.1	Protection contre la violence, les menaces ou le harcèlement : art. 28b CC.....	2
2.2.2	Surveillance électronique : art. 28c CC.....	3
2.3	Droit pénal	3
2.3.1	Poursuite d'office d'infractions commises dans le couple.....	3
2.3.2	Suspension et classement de la procédure : art. 55a CP	4
2.3.3	Surveillance électronique : art. 237 CPP et 67b CP	4
2.3.4	Droits de la victime dans la procédure pénale	5
2.4	Loi sur l'aide aux victimes	5
2.5	Loi sur les étrangers et l'intégration	6
2.6	Ordonnance contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique	6
3	Droit cantonal	6
4	Travaux législatifs en cours au niveau fédéral	7
4.1	Révision du CP	7
4.2	Révision du CPP	7



1 Introduction

Ces dernières années, le législateur fédéral a révisé différentes lois pour mieux circonscrire le problème de la violence domestique. Les principales révisions à mentionner concernent le droit civil et le droit pénal.

La révision du Code civil (CC)¹, entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2007, a introduit un nouvel art. 28*b* CC sur la protection de la personnalité contre la violence, les menaces et le harcèlement.

En ce qui concerne le Code pénal (CP)², plusieurs infractions du CP sont poursuivies d'office depuis le 1^{er} avril 2004, lorsqu'elles sont commises au sein d'une relation de couple. De plus, depuis le 1^{er} janvier 2015, une condamnation pour certaines infractions peut être assortie d'une interdiction de contact ou d'une interdiction géographique prononcée à titre de mesure pénale et exécutée à l'aide d'un dispositif électronique fixé à l'auteur (art. 67*b* CP)³.

Le 14 décembre 2018, le législateur fédéral a également adopté la loi fédérale sur l'amélioration de la protection des victimes⁴. Cette loi, qui se présente sous la forme d'un acte modificateur unique, prévoit notamment un certain nombre de modifications du CC et du CP afin de mieux protéger les victimes de violence domestique ainsi que les victimes de harcèlement obsessionnel. Cette révision est entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2020, sous réserve des modifications relatives à la surveillance électronique du respect d'une interdiction géographique ou de contact (art. 28*c* CC) qui entreront en vigueur le 1^{er} janvier 2022.

D'autres travaux de révision sont en cours. Ils sont présentés brièvement sous ch. 4.

2 Base légales en droit fédéral

2.1 Remarque préalable

Le ch. 2 présente un certain nombre de bases légales de droit fédéral en lien avec les thèmes traités lors du dialogue stratégique du 30 avril 2021. Pour avoir une vue d'ensemble complète de la législation fédérale, il convient de se référer au tableau synoptique du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG)⁵.

2.2 Droit civil

2.2.1 Protection contre la violence, les menaces ou le harcèlement : art. 28*b* CC

L'art. 28, al. 1, CC pose le principe selon lequel quiconque subit une atteinte à sa personnalité peut agir en justice pour sa protection contre toute personne qui y participe.

L'art. 28*b* CC concrétise l'art. 28 CC en réglant les actions en justice en cas de violence, de menaces ou de harcèlement. Par le biais de cette disposition, le législateur a créé une base légale qui donne aux victimes les moyens de se protéger, grâce à des mesures de droit civil, contre les atteintes et la mise en danger de leur intégrité physique, sexuelle, psychique et sociale.

¹ [RO 2007 137](#)

² [RO 2004 1403](#)

³ [RO 2014 2055](#)

⁴ [RO 2019 2273](#)

⁵ [Etat de la législation en matière de protection des victimes de violence](#)

L'art. 28b, al. 1, CC, prévoit une liste non exhaustive de mesures qui peuvent être requises par la victime, ceci indépendamment de la relation qui la lie à l'auteur de l'atteinte. Ainsi, le juge civil peut par exemple interdire à ce dernier d'approcher la victime ou d'accéder à un périmètre déterminé autour de son logement (ch. 1), de fréquenter certains lieux publics (ch. 2) ou de prendre contact avec la victime, notamment par téléphone, par écrit ou par voie électronique, ou de lui causer d'autres dérangements (ch. 3). Au cas où la victime vit dans le même logement que l'auteur de l'atteinte, celle-ci peut également demander au juge de faire expulser l'auteur pour une période déterminée prolongeable une fois (art. 28b, al. 2, CC). Le juge doit communiquer sa décision à certaines autorités (al. 3^{bis}). En vertu de l'al. 4, les cantons sont chargés de désigner un service qui peut prononcer l'expulsion immédiate du logement commun en cas de crise et de régler la procédure.

Si les deux personnes sont mariées, il est possible de requérir et d'ordonner des mesures protectrices de l'union conjugale (art. 172, al. 3, CC). Dans le cadre de la protection de l'union conjugale, le juge peut ordonner des mesures au sens de l'art. 28b CC.

Il n'est pas perçu de frais judiciaires dans la procédure au fond pour les litiges relevant de l'art. 28b CC (voir les art. 114, let. f et 115, al. 2, du code de procédure civile [CPC]⁶).

2.2.2 Surveillance électronique : art. 28c CC

Le nouvel art. 28c CC permet au juge civil d'ordonner une surveillance électronique dans le cadre de la mise en œuvre d'une mesure d'interdiction géographique ou d'interdiction de contact au sens de l'art. 28b CC. L'art. 28c CC prévoit une surveillance passive avec évaluation a posteriori des données de localisation GPS de la personne surveillée⁷. Il ne s'agit toutefois pas d'une réglementation exhaustive: en vertu de leur compétence d'exécution, les cantons peuvent au besoin mettre en place des instruments de surveillance électronique plus poussée, à savoir une surveillance active avec possibilité d'intervention immédiate.

L'art. 28c, al. 1, CC dispose que la victime de violence, de menaces ou de harcèlement peut saisir le juge pour que ce dernier ordonne à l'auteur de l'atteinte le port d'un appareil électronique non amovible permettant de déterminer et d'enregistrer à tout moment le lieu où il se trouve. La mesure peut être ordonnée pour une période de six mois, prolongeable plusieurs fois (al. 2).

En vertu de l'art. 28c, al. 3, 1^{ère} phrase, CC, les cantons doivent désigner le service chargé d'exécuter la mesure et régler la procédure. L'exécution de la mesure ne doit pas occasionner de coûts pour la victime demanderesse. Les coûts de la mesure peuvent être mis à la charge de la personne surveillée (art. 28c, al. 4; voir également les art. 114, let. f et 115, al. 2, CPC).

2.3 **Droit pénal**

2.3.1 Poursuite d'office d'infractions commises dans le couple

Depuis le 1^{er} avril 2004, les infractions suivantes commises à l'encontre d'un conjoint ou d'un partenaire victime sont poursuivies d'office : les lésions corporelles simples (art. 123 CP), les voies de fait réitérées (art. 126 CP), les menaces (art. 180 CP), la contrainte sexuelle (art.

⁶ [RS 272](#)

⁷ Voir l'avis du Conseil fédéral du 20 novembre 2019 à l'[interpellation Chevalley 19.4063 "Meurtres de femmes. Eviter plutôt que constater"](#)

189 CP) et le viol (art. 190 CP). Ces infractions sont également poursuivies d'office durant l'année qui suit le divorce ou la séparation des partenaires.

Des délits tels que les voies de fait simples (art. 126, al. 1, CP), la violation de domicile (art. 186 CP) et l'utilisation abusive d'une installation de télécommunication (art. 179^{septies} CP) sont en revanche poursuivis sur plainte.

2.3.2 Suspension et classement de la procédure : art. 55a CP

L'art. 55a CP règle à quelles conditions le ministère public ou le juge peut prononcer la suspension ou le classement de la poursuite pénale de certaines infractions commises à l'encontre d'un conjoint ou d'un partenaire victime. Les infractions visées sont les lésions corporelles simples (art. 123, ch. 2, al. 3 à 5, CP), les voies de fait réitérées (art. 126, al. 2, let. b, bis et c, CP), les menaces (art. 180, al. 2, CP) ou la contrainte (art. 181 CP). La victime doit être le conjoint, le partenaire enregistré ou le concubin de l'auteur de l'infraction (al. 1, let. a). L'acte doit avoir été commis durant la relation de couple ou dans l'année suivant le divorce, la dissolution du partenariat ou la séparation. Contrairement à l'ancien droit, la victime ne doit plus donner son consentement à la suspension de la procédure. Le nouvel al. 1, let. c, va plus loin en fixant comme condition supplémentaire d'une suspension le fait qu'une telle mesure doit être susceptible de pouvoir stabiliser ou améliorer la situation de la victime (art. 55a, al. 1, let. c, CP). L'objectif est d'alléger la pression sur la victime et d'élargir la marge d'appréciation des autorités. La suspension de la procédure est dans tous les cas exclue lorsque des violences répétées au sein du couple peuvent être soupçonnées (al. 3).

L'art. 55a, al. 2, CP est nouveau. Cette norme prévoit que le ministère public ou le tribunal peut obliger le prévenu à suivre un programme de prévention de la violence pendant la suspension de la procédure. Une telle décision vise à stabiliser voire à améliorer la situation de la victime et en particulier à prévenir la récidive. Le résultat de la participation du prévenu à un tel programme doit être pris en compte dans l'appréciation de l'al. 1, let. c.

La durée de suspension de la procédure est limitée à six mois (al. 4, 1^{ère} phrase). Le ministère public ou le tribunal est tenu de reprendre la procédure notamment s'il apparaît que la suspension ne stabilise pas ni n'améliore la situation de la victime (al. 4, 2^{ème} phrase). Avant la fin de la suspension, l'autorité compétente doit procéder à une évaluation. Si la situation de la victime s'est stabilisée ou améliorée, elle est habilitée à ordonner le classement de la procédure (al. 5).

2.3.3 Surveillance électronique : art. 237 CPP et 67b CP

Pendant la procédure pénale, l'art. 237 du code de procédure pénale (CPP)⁸ donne au juge la possibilité d'ordonner contre le prévenu, en lieu et place de la détention provisoire ou de la détention pour des motifs de sûreté, une mesure de substitution, notamment l'assignation à résidence ou l'interdiction de se rendre dans un certain lieu ou un certain immeuble, ou encore l'interdiction d'entretenir des relations avec certaines personnes (art. 237, al. 2, let. c et g, CPP). Pour surveiller l'exécution de ces mesures, le tribunal peut ordonner l'utilisation d'appareils techniques qui peuvent être fixés à la personne sous surveillance (art. 237, al. 3, CPP).

Une fois la procédure pénale close, l'art. 67b CP confère au juge la faculté d'ordonner, si certaines conditions sont remplies, une interdiction de contact ou une interdiction géographique à l'encontre de l'auteur d'un délit ou d'un crime contre une ou plusieurs

⁸ [RS 312.0](#)

personnes déterminées ou contre les membres d'un groupe déterminé. Une telle mesure doit également permettre de prévenir la violence domestique et le harcèlement⁹. Pour son exécution, l'autorité compétente peut ordonner l'utilisation d'un appareil technique fixé à l'auteur permettant notamment de le localiser (art. 67b, al. 3, CP).

2.3.4 Droits de la victime dans la procédure pénale

La victime a certains droits dans le cadre de la procédure pénale. Une liste (non exhaustive) se trouve à l'art. 117 CPP selon lequel la victime jouit de droits particuliers, par exemple: le droit à la protection de la personnalité (art. 70, al. 1, let. a, 74, al. 4, et 152, al. 1, CPP), le droit de se faire accompagner par une personne de confiance (art. 70, al. 2, et 152, al. 2, CPP), le droit à des mesures de protection (art. 152 à 154 CPP), le droit de refuser de témoigner (art. 169, al. 4, CPP), le droit à l'information (art. 305 et 330, al. 3, CPP) et le droit à une composition particulière du tribunal (art. 335, al. 4, CPP). Le CPP contient en outre des mesures spéciales visant à protéger les victimes d'infractions contre l'intégrité sexuelle (art. 68, al. 4, 153, 169, al. 4, 335, al. 4, CPP).

Lorsque la victime est âgée de moins de 18 ans, des dispositions spéciales visant à protéger sa personnalité s'appliquent, notamment celles qui restreignent les possibilités de confrontation avec le prévenu (art. 154, al. 4, CPP), qui soumettent la victime à des mesures de protection particulières lors des auditions (art. 154, al. 2 à 4, CPP) ou qui règlent le classement de la procédure (art. 319, al. 2, CPP).

Aux termes de l'art. 305 CPP, lors de la première audition, la police ou le ministère public informent de manière détaillée la victime sur ses droits et devoirs dans le cadre de la procédure pénale. La police ou le ministère public fournissent par la même occasion à la victime des informations sur les adresses et les tâches des centres de consultation, la possibilité de solliciter diverses prestations relevant de l'aide aux victimes, le délai pour introduire une demande d'indemnisation et de réparation morale.

Une fois la procédure pénale close, les victimes et les proches de la victime au sens de l'art. 1, al. 1 et 2, de la loi du 23 mars 2007 sur l'aide aux victimes (LAVI)¹⁰ ont également un droit à obtenir certaines informations concernant l'exécution de la peine prononcée contre la personne condamnée (art. 92a CP).

2.4 **Loi sur l'aide aux victimes**

En vertu de l'art. 3 LAVI, la victime d'une infraction commise en Suisse et ayant directement porté atteinte à son intégrité physique, psychique ou sexuelle peut obtenir différentes formes d'aide. Les prestations prévues par la LAVI comprennent des conseils et du soutien, notamment en matière médicale, juridique et psychologique, ainsi que le versement d'une éventuelle indemnisation respectivement d'une réparation morale. Les centres de consultation LAVI renseignent les victimes sur leurs droits et les aident à trouver un lieu protégé, par exemple une maison d'accueil pour femmes. En vertu du principe de subsidiarité, les prestations d'aide aux victimes ne sont accordées définitivement que lorsque l'auteur de l'infraction ou un autre débiteur ne versent aucune prestation ou ne versent que des prestations insuffisantes (art. 4, al. 1). Les cantons sont compétents pour l'exécution de l'aide aux victimes.

⁹ Voir le message du Conseil fédéral du 10 octobre 2021 relatif à l'initiative populaire «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants» et à la loi fédérale sur l'interdiction d'exercer une activité, l'interdiction de contact et l'interdiction géographique (modification du code pénal, du code pénal militaire et du droit pénal des mineurs) en tant que contre-projet indirect ([FF 2012 8151, 8196](#))

¹⁰ [RS 312.5](#)

2.5 Loi sur les étrangers et l'intégration

En vertu des art. 42 et 43 de la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration (LEI)¹¹, les personnes qui arrivent en Suisse au titre du regroupement familial n'obtiennent pas un droit de séjour propre, mais dépendent de celui de la personne qu'elles rejoignent. L'art. 50 LEI règle l'octroi et la possibilité de prolonger l'autorisation de séjour après la dissolution de la famille. En vertu de l'al. 1, let. b, le droit du conjoint et des enfants à l'octroi d'une autorisation de séjour et à la prolongation de sa durée de validité subsiste si la poursuite du séjour en Suisse s'impose pour des raisons personnelles majeures. L'al. 2 précise que de telles raisons sont notamment données lorsque le conjoint est victime de violence conjugale. L'ordonnance du 24 octobre 2007 relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA)¹² énumère certains indices à prendre en compte pour prouver les actes de violence conjugale. Il s'agit notamment de certificats médicaux, de rapports de police, de plaintes pénales, de mesures au sens de l'art. 28b CC et de jugements pénaux prononcés à ce sujet (art. 77, al. 6, OASA). Les autorités compétentes doivent également tenir compte des indications et des renseignements fournis par des services spécialisés (art. 77 al. 6^{bis} OASA).

2.6 Ordonnance contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique

Le 1^{er} janvier 2020, l'ordonnance du 13 novembre 2019¹³ sur les mesures visant à prévenir et à combattre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique est entrée en vigueur. Le Conseil fédéral a ainsi créé les bases légales permettant de concrétiser les mesures de prévention de la violence à l'égard des femmes et de la violence domestique. L'ordonnance permet par exemple de soutenir des campagnes nationales d'information et de sensibilisation, des mesures de formation pour les professionnels et des projets de prévention destinés aux victimes et aux auteurs de violence. Elle contribue en outre à garantir une meilleure coordination des acteurs privés et publics, et à renforcer leur collaboration.

3 Droit cantonal

Les législations cantonales en matière de protection des victimes de violence prévoient différents instruments visant à protéger les victimes, en partie de manière plus étendue et plus facilement accessible par rapport à la protection offerte par le droit civil. Des différences importantes existent entre les cantons, par exemple par rapport aux possibilités d'ordonner des interdictions de périmètre, géographiques ou de contact.

L'entrée en vigueur de l'art. 28b CC a obligé les cantons à désigner un service compétent pour expulser immédiatement l'auteur de l'atteinte de son logement (art. 28b, al. 4, CC)¹⁴.

Les lois spéciales de protection contre la violence, les dispositions spéciales des lois cantonales sur la police et les lois d'introduction du CC adoptées par les cantons prévoient en outre des mesures immédiates de police qui octroient à la victime un temps de protection. Certains cantons prévoient des mesures de protection sur dix à vingt jours, combinées à une menace de peine selon l'art. 292 CP. Ces mesures peuvent le cas échéant être imposées par la contrainte policière, par exemple sous la forme d'une brève garde à vue. Le juge peut

¹¹ [RS 142.20](#)

¹² [RS 142.201](#)

¹³ [RS 311.039.7](#)

¹⁴ Message du Conseil fédéral du 11 octobre 2017 concernant la loi fédérale sur l'amélioration de la protection des victimes de violence ([FE 2017 6913, 6934](#))

ordonner la prolongation des mesures policières de protection (généralement pour une durée de trois mois au plus).

Pour avoir une vue d'ensemble de la législation cantonale, il convient de se référer au tableau synoptique du BFEG¹⁵.

4 Travaux législatifs en cours au niveau fédéral

4.1 Révision du CP

Sur la base de l'initiative parlementaire 19.433 "Etendre au harcèlement obsessionnel ("stalking") le champ d'application des dispositions du CP relatives aux délits" la Commission des affaires juridiques du Conseil national a décidé, le 3 mai 2019, d'élaborer un projet d'acte afin de rendre punissable le harcèlement obsessionnel, dans le cadre des infractions existantes (menaces et contrainte au sens du CP). La Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats a voté son adhésion le 29 octobre 2019. L'initiative n'a pas encore été traitée devant les Chambres

4.2 Révision du CPP

Le CPP fait actuellement l'objet d'une révision qui vise notamment à renforcer la position des victimes et de leurs proches dans la procédure pénale. Le projet de du Conseil fédéral¹⁶ a été discuté au Conseil national lors de la session de printemps 2021. De manière générale, la chambre du peuple a approuvé les propositions de modification du Conseil fédéral. Selon le projet du Conseil national, la victime a le droit de revoir une copie du jugement ou de l'ordonnance pénale (art. 117, al. 1, let. g, P-CPP). L'octroi de l'assistance judiciaire en faveur de la victime est facilité (art. 136, al. 1, let. b, P-CPP et 138, al. 1^{bis}, CPP). Les mesures spéciales visant à la protection des enfants lors des auditions sont renforcées (art. 154, al. 4, let. b, al. 5 et 6, P-CPP). Le Conseil national a également introduit un nouvel art. 316a P-CCP sur la justice restaurative qui n'était pas prévu dans le projet de révision du Conseil fédéral. L'information des personnes lésées qui n'ont pas encore exercé leurs droits est renforcée (art. 318, al. 1^{bis}, P-CPP). Le ministère public pourra statuer sur les prétentions civiles par ordonnance pénale, à certaines conditions (art. 353, al. 2, P-CPP).

¹⁵ [Etat de la législation en matière de protection des victimes de violence](#)

¹⁶ Message du Conseil fédéral du 28 août 2019 concernant la modification du code de procédure pénale ([FF 2019 6351](#))